

DIE SCHWEIZ (Rang 1)

Die Schweiz ist vorwiegend ein Zielort und in einem geringeren Ausmaß ein Durchreiseland für Frauen und Kinder, die dem Sexhandel unterworfen werden, sowie für Kinder, die zum Betteln und Stehlen gezwungen werden. Die Opfer von Sexhandel stammen überwiegend aus Mittel- und Osteuropa (Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Slowenien, der Ukraine und Moldawien), obwohl Opfer auch von Latein Amerika (Brasilien und Dominikanische Republik), Asien (China und Thailand) sowie Afrika (Nigeria und Kamerun) kommen. Kinder, die zum Betteln und zu Ladendiebstahl gezwungen werden, kommen überwiegend aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien; viele dieser Kinder gehören der ethnischen Gruppe der Roma an. In 2013 schätzte die Bundespolizei die Gesamtzahl der in der Schweiz ansässigen potenziellen Opfer von Menschenhandel auf 2.000 bis 3.000. Es gab Meldungen über Zwangsarbeit im Haushaltsdienstleistungssektor und zunehmend auch in der Landwirtschaft, dem Baugewerbe, sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe. Laut der Schweizer Behörden sind weibliche und minderjährige Asylbewerber besonders gefährdet in Bezug auf Menschenhandel.

Die Schweizer Regierung erfüllt vollumfänglich die Mindeststandards für die Eliminierung von Menschenhandel. Im Berichtszeitraum verabschiedete die Bundesregierung einen Erlass für das landesweite Verbot der Prostitution Minderjähriger. Durch die Behörden ergingen in 2013 mehr Schuldsprüche wegen Menschenhandel und die Gerichte verhängten zunehmend Freiheitsstrafen, welche die Schwere der Straftat reflektierten. Die Behörden stellten nachgewiesenen Opfern mehr Bedenkzeit und langfristige Aufenthaltsgenehmigungen zur Verfügung; allerdings hatten die Opfer die sich in Asylverfahren befanden Schwierigkeiten, Hilfe zu erhalten. Die Regierung startete ihre erste landesweite Aufklärungskampagne.

Empfehlungen für die Schweiz:

Weiterhin nach Wegen zu suchen, um die Zahl der verurteilten Menschenhändler zu erhöhen und der Schwere dieser Straftat angemessene Strafen zu verhängen; sicherstellen, dass die Nichtregierungsorganisationen, die sich um die Opfer kümmern, entsprechende finanzielle Mittel erhalten; Bereitstellung spezieller Versorgung für Menschenhandelsopfer, die Asylanträge stellen; Sicherstellung angemessener Leistungen speziell für jugendliche und männliche Menschenhandelsopfer; Erhöhung der Kapazitäten für die Unterbringung, insbesondere von weiblichen

Menschenhandelsopfern; verstärkte Weiterbildung bezüglich der Gesetze betreffend Zwangsarbeiter sowie der Gesetze über erzwungenes Betteln und kriminelle Aktivitäten; weitere Fortbildung von Polizeibeamten zur Identifizierung von Opfern, einschließlich der Überprüfung, ob es sich bei Prostitutionsfällen um Menschenhandel handelt; verstärkte Erhebung und Zusammenstellung von Polizei- und Opferhilfedaten; weitere Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit über Sexhandel und Zwangsarbeit, sowie potenzielle Kunden des Sexgewerbes und Verbraucher von Produkten und Dienstleistungen, die durch Zwangsarbeit entstehen.

Strafrechtliche Verfolgung

Die Schweizer Regierung hat das Gesetz gegen Menschenhandel verstärkt durchgesetzt, indem sie die Kinderprostitution verboten und mehr Menschenhändler strafrechtlich verfolgt und verurteilt hat; weiterhin hat sie daran beteiligte Amtsträger strafrechtlich verfolgt. Artikel 182 und 195 des Schweizer Strafgesetzes verbieten Menschenhandel für jegliche Form von Sex- und Zwangsarbeit; das Strafmaß für diese Verstöße beträgt bis zu 20 Jahre Freiheitsentzug. Diese Strafen entsprechen dem Strafmaß für andere schwere Straftaten wie z.B. Vergewaltigung. Im Berichtszeitraum erließ die Bundesregierung eine Anordnung, welche die Beihilfe zu Kinderprostitution landesweit verbietet. Die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) die die Schweizer Regierung weiterentwickelt, ist eine der Bundespolizei unterstellte Spezialeinheit und als solche verantwortlich für die Richtlinien gegen Menschenhandel, den Informationsaustausch, die Kooperation und die Ausbildung; die KSMM war nicht unmittelbar in strafrechtliche Verfahren oder Ermittlungen involviert. Die Bundesbehörden führten keine getrennten Daten über die Tätigkeit der Polizei bezüglich Sexhandel und Zwangsarbeit. In 2012, dem letzten Jahr, für welches umfangreiche Daten der Polizeibehörden zur Verfügung standen, führten die Schweizer Behörden 345 Ermittlungen wegen Menschenhandel und Zwangsprostitution durch, im Vergleich zu 233 im Jahr 2011. In 2012 brachte die Regierung 201 Beklagte vor Gericht, im Vergleich zu 119 in 2011 und 161 in 2010. In 2012 verurteilten die Gerichte 30 Menschenhändler, im Vergleich zu 14 in 2011 und 31 in 2010. Die Schweizer Gerichte verhängten gegen 22 der verurteilten Menschenhändler Freiheitsstrafen von 20 Tagen bis sieben Jahren; die restlichen acht verurteilten Menschenhändler erhielten Bewährungsstrafen. Gegen einige der verurteilten Menschenhändler verhängten die Schweizer Richter

wiederum längere Freiheitsstrafen als in den Vorjahren. Im Mai 2013 verurteilte ein Schweizer Gericht einen Menschenhändler zu einer Freiheitsstrafe von achteinhalb Jahren. Im Juni 2013 verurteilte ein Gericht in Winterthur einen Menschenhändler wegen mehreren Fällen von Menschenhandel und anderen Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von 17 Jahren und seinen Komplizen zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren.

Mit Unterstützung einer Nichtregierungsorganisation boten die Behörden der Polizei auch weiterhin Einführungs- und fortgeschrittene Kurse zur Identifizierung und Arbeit mit Opfern an. Im Berichtszeitraum kooperierten die Schweizer Behörden bei den Ermittlungen von Menschenhandelsvergehen mit mehreren Ländern, darunter auch Deutschland und Rumänien, sowie mit Europol. Im November 2013 verurteilte ein Gericht in Schaffhausen ein ehemaliges Mitglied des Stadtrats wegen Menschenhandel und Zwangsprostitution zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren; zur Zeit ist ein Berufungsverfahren anhängig. Im November 2013 gab die Staatsanwaltschaft in Zürich bekannt, dass gegen fünf Züricher Polizisten, die angeblich Prostitutionsbetriebe vor anstehenden Polizeirazzien gewarnt haben, ermittelt wird; zum Ende des Berichtszeitraums liefen diese Ermittlungen noch.

Schutz

Die Bemühungen der Schweizer Regierung zum Schutz von Opfern waren von Nachhaltigkeit geprägt. Nach dem Schweizer Opferhilfegesetz hatten alle Opfer von Menschenhandel Anspruch auf Unterbringung, kostenlose medizinische Versorgung, Lebenshaltungskosten und psychologische, soziale und rechtliche Unterstützung durch die vom Staat finanzierten Opferhilfezentren. Obwohl einige der Zentren auf die Hilfe für Menschenhandelsopfer spezialisiert sind, handelt es sich bei den meisten um Anlaufstellen für Opfer häuslicher Gewalt. Aufgrund dieser gemischten Bevölkerungsgruppen waren die Opfer in diesen Unterkünften einer potenziellen Stigmatisierung ausgesetzt. Die Opfer durften die Unterkünfte freiwillig und ohne Begleitpersonen verlassen. Zwei Anti-Menschenhandels-Nichtregierungsorganisationen brachten weibliche Opfer in speziell zu diesen Zweck vorgesehenen Wohnungen unter. Behörden brachten männliche Opfer in Hotels oder in von Nichtregierungsorganisationen betriebene Unterkünfte unter. Zwei Kantone gründeten Beratungszentren für männliche Opfer. Die Bundes- und Kantonsbehörden vergüteten den meisten Nichtregierungsorganisationen ihre Dienstleistungen für die Opfer auf der Grundlage einer vereinbarten „pro Kopf“-Zahlung für erbrachte

Dienstleistungen. Die größte Anti-Menschenhandels-Nichtregierungsorganisation des Landes erhielt etwa die Hälfte ihres Betriebsbudgets vom Staat.

In 2013 registrierten die Bundesbehörden 42 Menschenhandelsopfer und 42 Zwangsprostitutionsopfer; in 2012 waren es 86 Menschenhandelsopfer und 60 Zwangsprostitutionsopfer. Die führende Nichtregierungsorganisation berichtete, dass sie in 2013 189 Opfern Hilfe geleistet habe, im Vergleich zu 155 Opfern in 2012. Mindestens 45 identifizierte Opfer wirkten in 2013 mit bei den Ermittlungen oder der strafrechtlichen Verfolgung. Die kantonalen Immigrationsstellen gewährten 23 Opfern eine dreimonatige Bedenkzeit – in der sie sich ausruhen und überlegen konnten, ob sie an einer Ermittlung mitwirken wollten – und gewährte in 2013 44 Opfern für den Zeitraum der Gerichtsverfahren gegen ihre Menschenhändler kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen; in 2012 wurden 14 Opfern Bedenkzeit und 54 kurzzeitige Aufenthaltsgenehmigungen gewährt. Weiterhin gewährte der Staat 12 Opfern langfristige Aufenthaltsgenehmigungen, da es sich um persönliche Härtefälle handelte; dies stellte gegenüber zwei Opfern in 2012 eine Erhöhung dar. Beobachter meldeten einige Fälle von Menschenhandelsopfern aus China und Nigeria, die nicht auf die Opferhilfe zugreifen konnten, da sie bereits zuvor Asylanträge gestellt hatten; zurzeit schließt der Status als Asylbewerber den Zugriff auf Hilfe für Menschenhandelsopfer aus. Die Bundesbehörden haben für kantonale Einwanderungsbeamte eine neue Weiterbildung über Opferidentifizierung entwickelt, die im November 2013 stattfand. Es gab keine Berichte über Opfer, die wegen Vergehen als unmittelbare Folge von Menschenhandel bestraft wurden.

Verhinderung

Die Regierung hat ihre Aktivitäten zur Verhinderung von Menschenhandel erheblich verbessert. Im Oktober 2013 startete sie die erste landesweite Aufklärungskampagne über Menschenhandel; dazu gehörten Kunstausstellungen, öffentliche Reden, „Roundtable“- Diskussionen unter Fachleuten und Filmvorführungen in 12 verschiedenen Schweizer Städten. Mit einer im Oktober 2013 erlassenen Verordnung stellte die Bundesregierung den Nichtregierungsorganisationen einen Fonds in Höhe von ca. 453.000 USD zur Verfügung, der für Anti-Menschenhandelskampagnen verwendet werden soll; zum Ende des

Berichtszeitraums konnten die Nichtregierungsorganisationen noch keine Anträge für diese Mittel stellen. Die Behörden überwachten auch weiterhin die Beschäftigung von Hausangestellten in Haushalten von Diplomaten; dazu gehörte die Überwachung der Löhne und der Arbeitsbedingungen von Hausangestellten. Die Bundesregierung führte auch weiter eine jährliche Beurteilung seiner Anti-Menschenhandelsarbeit aus und veröffentlichte das Ergebnis. Die Behörden unterhielten ein Online-Berichtsforum in vier Sprachen, in dem bei Verdacht auf Vorfälle von Kindes-Sextourismus Hinweise abgegeben werden konnten. Die Schweizer Behörden meldeten keine strafrechtliche Verfolgung von Schweizer Bürgern wegen Kindes-Sextourismus. Die Bundesregierung hat keine Anstrengungen unternommen, um die Nachfrage für kommerzielle Sexhandlungen oder Zwangsarbeit zu mindern.